

FREIE BAUERN



Eiskaltes Kalkül: Höfesterben für den Klimaschutz / Erntedank mit Steinmeier / Kanzlergespräch mit Scholz / Ein Jahr Özdemir: Heiße Luft mit Hanf / Jaenicke, du Mont und Rakers lügen und hetzen gegen die Milchviehhaltung / Echter Umweltpreis an Fenja Jacobs und Absage an die Zukunftskommission Landwirtschaft / Freihandelsabkommen sind Verrat an grünen Grundsatzpositionen / Stellungnahme zur CETA-Ratifizierung / Ausweisung roter Gebiete kritisch begleiten / Stellungnahme zur Landesdüngeverordnung Niedersachsen / Gentechnik-Propaganda durch Verlag / Biogas-Abschöpfung wäre energiepolitische Rolle rückwärts / Eurotier zeigt Skepsis gegen grüne Visionen / Einstweilige Verfügung Ostendorff

FREIE BAUERN Deutschland**Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe**

Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz

Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201

kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm

Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow

Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen

Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen

Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipflheim

Weiteres Mitglied: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier

Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar

Weiteres Mitglied: Jann-Harro Petersen, 25881 Tating

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:

Reinhard Jung, Telefon 038791-80200, reinhard.jung@freiebauern.de

Referentin für Fachthemen und Kommunikation:

Frieda Simon, Telefon 0174-1801177, frieda.simon@freiebauern.de

Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:

Anja Giesen, Telefon 0170-5554908, anja.giesen@freiebauern.de

Landesvertretung Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg)

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow

Stellvertretender Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsau

Weiteres Mitglied: Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow

Weiteres Mitglied: Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow

Weiteres Mitglied: Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz

Weiteres Mitglied: Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch

Weiteres Mitglied: Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim

Weiteres Mitglied: Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch

Weiteres Mitglied: Matthias Kurth, 03205 Calau OT Settinchen

Weiteres Mitglied: Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Landesvertretung Niedersachsen

Landessprecher: Fokko Schumann, 26524 Hage OT Berumbur

Stellvertretender Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Böttersen

Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar

Weiteres Mitglied: Christian Müller, 29378 Wittingen OT Eutzen

Weiteres Mitglied: Jens Soeken, 26629 Großefehn OT Timmel

Landesreferentin: Sara Collmann, Telefon 0172-5352195, sara.collmann@freiebauern.de

Landesvertretung Baden-Württemberg

Landessprecher: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier

Stellvertretender Landessprecher: Markus Federolf, 74632 Neuenstein OT Kleinhirschbach

Weiteres Mitglied: Christine Knobloch-Hiller, 70597 Stuttgart OT Degerloch

Weiteres Mitglied: Andreas Schmid, 76187 Karlsruhe OT Maxau

Weiteres Mitglied: Anton Abele, 73497 Tannhausen

Eiskaltes Kalkül: Höfesterben für den Klimaschutz



Liebe Berufskollegen,

Höfesterben als Chance für das Klima – so titelte die Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, größte Tageszeitung zwischen den Meeren, im November und bezog sich dabei auf ein vom Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten zum Einsparpotenzial von Treibhausgasen im Agrarsektor. Im Klartext: Wenn weiter so viele Bauernhöfe ihre Tore schließen wie bisher und dann noch die Moore vernässt werden und die Kühe einen Pupshemmer ins Futter kriegen, könnte die schleswig-holsteinische Landwirtschaft mehr als eine Million Tonnen CO₂ im Jahr einsparen. Oder besser gesagt: die Nicht-Landwirtschaft.

Die entspannte Reaktion des schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministers und früheren Bauernverbandspräsidenten Werner Schwarz auf diese Empfehlungen und der brave Kommentar des Journalisten, der lediglich anmerkte, dann müssten wir auch über eine Änderung unserer Ernährungsgewohnheiten nachdenken, zeigen auf erschreckende Weise, wie gesellschaftsfähig solche irrsinnigen Überlegungen inzwischen geworden sind. Wenn bald die Regale leer sind und die Mägen auch, haben wir viel Zeit, über Landwirtschaft und Ernährung nachzudenken, möchte man anmerken. Doch damit kommen wir nicht vorbei an der Angst einer „letzten Generation“ und einem zur Staatsdoktrin mutierten Verständnis von Klimaschutz, dem sich alle anderen Belange unterzuordnen haben. Als Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe sollten wir zu einer so fundamentalen Kampf-ansage gleichwohl Stellung nehmen ... und dabei auch mal grundsätzlich werden.

Die 7 Prozent Anteil an den Treibhausgas-Emissionen, die uns das Bundesumweltamt unterstellt, sind ein absurdes Konstrukt. Über die Agrardieselvergütung lässt sich ausrechnen, wieviel Kraftstoff wir direkt einsetzen, über den verkauften Stickstoffdünger, wieviel Kraftstoff für die Düngerproduktion aufgewendet wird. Rundet man diese Zahlen großzügig nach oben auf und teilt sie durch die Einwohnerzahl, so ergibt sich ein Verbrauch von 50 Litern Diesel – um einen Menschen in Deutschland ein Jahr lang satt zu kriegen! Das ist lächerlich wenig, gerade mal eine Tankfüllung! Alles andere sind natürliche Kreisläufe, wo den Ausgasungen der von uns ernährten Tiere und Menschen (beim Ausatmen entsteht CO₂) die Fotosynthese der Kulturpflanzen gegenüber steht. Auch das angeblich besonders klimaschädliche Methan der Rinder wird in der Atmosphäre binnen weniger Jahre in CO₂ umgewandelt. Unsere Tierhaltung ist Teil von Kohlenstoffkreisläufen, also klimaneutral.

Natur kann Kohlenstoff speichern: Das Holz unserer Wälder entsteht in Jahrzehnten, wenn gleich viel nachwächst, spricht nichts dagegen, es zu verheizen. Die Torfschichten unserer Moore sind in Jahrtausenden entstanden, wenn die Wasserstände nicht absinken, bleiben sie uns dauerhaft als ertragreiches Grünland erhalten. In Jahrmillionen sind, ebenfalls durch natürliche Prozesse, die Bodenschätze Erdöl, Erdgas und Kohle entstanden. Dass wir diese wertvollen fossilen Rohstoffe nicht wie bisher innerhalb kurzer Zeit verbrauchen dürfen, ist für mich selbstverständlich, und zwar bereits aus ökonomischen Erwägungen. Ich halte es

auch durchaus für möglich, dass der damit verbundene massenhafte CO₂-Ausstoß sich negativ auf das Klima auswirkt. Darüber müssen wir mit niemandem streiten – die FREIEN BAUERN haben immer gegen neue Braunkohle-Tagebaue gekämpft und für eine Energiewende weg von dem hemmunglosen Verbrauch fossiler Rohstoffe. Aber wie weltfremd, wie unwissenschaftlich ist die Vorstellung, unsere in natürlichen Kreisläufen betriebene regionale Landwirtschaft trage Verantwortung für einen wie auch immer gearteten Klimawandel, ihre Reduzierung durch Höfesterben sei mithin praktizierter Klimaschutz?

Hinter dem Kieler Gutachten steckt kein ökologisches Ansinnen, sondern eiskalte Berechnung. Es gibt mächtige Interessengruppen, die unsere heimische Tierhaltung verdrängen wollen zugunsten von Fleischimporten aus Übersee und Ersatzprodukten aus dem Labor. Weil wir tierisches Eiweiß auf unseren Höfen viel besser und billiger produzieren können, schreien sie laut „Klimastress“ und „Tierleid“ ... und versuchen, gesellschaftlichen Druck aufzubauen, um unsere ökonomische Überlegenheit zu beschädigen. Die politische Auseinandersetzung ist in vollem Gange. Wir bäuerlichen Tierhalter sollten besonnen bleiben, vorsichtig agieren – und die Berufsorganisation stärken, die diese Dinge offen anspricht. Als Reaktion auf unsere Abmahnung gegen Jaenicke und du Mont (Seite 7) haben wir in einer Woche 50 neue Mitglieder gewonnen. Ich wünsche uns allen ein gutes Jahr 2023!

Euer Jann-Harro Petersen (Bundesvertretung der FREIEN BAUERN)

FREIE BAUERN: Erntedank-Appell an Steinmeier gegen "agrarpolitische Dürrekatastrophe"

(16.10.2022) Die FREIEN BAUERN Baden-Württemberg haben an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier appelliert, bei der Bundesregierung agrarpolitische Glaubwürdigkeit anzumahnen. Nach einem Gottesdienst in der Schöntaler Klosterkirche, wo dem Bundespräsidenten die Erntekrone übergeben wurde, sagte Landessprecher Thomas Frenk: „Vor einem Jahr haben wir gemeinsam mit LSV, BDM, Milchboard und AbL Forderungen an die sich damals abzeichnende Koalition übergeben – keine einzige davon hat die neue Bundesregierung bearbeitet geschweige denn erfüllt, obwohl viele der aufgeführten Punkte bis dahin von den Ampel-Parteien ausdrücklich unterstützt wurden.“ Während Gottes Segen zwar in unterschiedlichem Maße, aber immer wieder zuverlässig der Landwirtschaft zuteil werde, sei die Agrarpolitik von Cem Özdemir eine „einzige Dürrekatastrophe“, beklagt der 45jährige Landwirt, der im badischen Nonnenweiler einen Hof mit Milchvieh, Ackerbau und



Direktvermarktung bewirtschaftet: „Seit es die Grünen gibt, wollten sie Bauernhöfe erhalten, die Landwirtschaft gegenüber den Lebensmittel-Monopolen stärken und dem Preisdruck durch Billigimporte aus Übersee entgegenwirken. Plötzlich können sie sich an all diese Themen nicht mehr erinnern.“

Thomas Frenk und Tochter Luisa überreichen einen Präsentkorb

Obwohl der Bundespräsident keine politische Verantwortung trage, sei es seine Aufgabe, auf grundsätzliche gesellschaftliche Fehlentwicklungen hinzuweisen, betonte Frenk gegenüber Steinmeier: „Wenn die aktuelle Politik für unseren Berufsstand nur noch in Form von Verboten, Auflagen und Anreizen zur Minderproduktion wahrnehmbar ist, stellt sich doch die Frage, warum sich Politiker überhaupt für Erntekronen interessieren.“ Die Landwirtschaft sei aber nach Auffassung der FREIEN BAUERN keine Folkloreveranstaltung, sondern die überlebenswichtige Basis der gesamten Volkswirtschaft, so Frenk: „Als Menschen danken wir unserem himmlischen Vater für das tägliche Brot, als Bauern erwarten wir von der Politik, dass sie unsere Arbeit unterstützt – und wenn das zuviel verlangt ist, dass sie uns wenigstens in Ruhe den Beruf ausüben lässt, den wir erlernt haben.“

Christian Linne von unserer Bundesvertretung hat Olaf Scholz beim Kanzlergespräch in Gifhorn zum Thema Ernährungssicherheit auf den Zahn gefühlt – und prompt die Zusage für einen Besuch auf seinem Hof bekommen. Konkret wollte Linne vom Bundeskanzler wissen, wie er angesichts schwieriger weltweiter Versorgungslage mit Getreide die Politik seines Landwirtschaftsministers Cem Özdemir verantworten kann, durch Stilllegung fruchtbarer Böden, Einschränkungen in der Düngung und Halbierung der Tierzahlen die heimische Produktion immer weiter zu verringern. Zugleich appellierte Linne an das soziale Gewissen des Sozialdemokraten Scholz, die Landwirtschaft als Teil der arbeitenden Bevölkerung nicht über Gebühr zu drangsalieren. Als Scholz ausweichend antwortete, schlug Linne ihm vor, seine Richtlinienkompetenz wahrzunehmen, worauf der Bundeskanzler zusicherte, im Dialog bleiben und ihn auf seinem Hof besuchen zu wollen. Wir werden sehen, was aus diesem Versprechen wird ...



FREIE BAUERN zu einem Jahr Özdemir: Heiße Luft mit Hanf

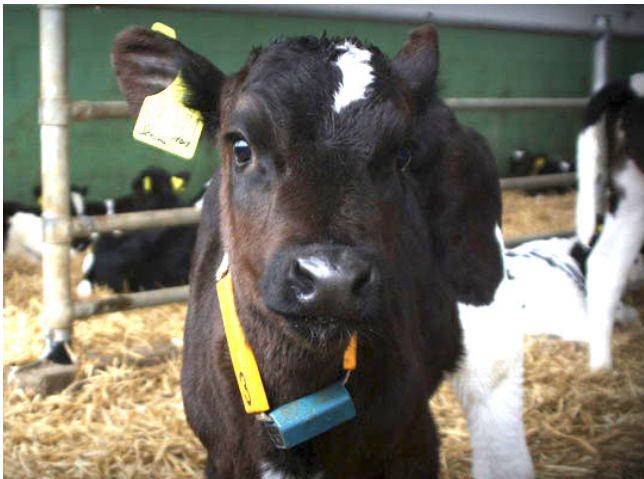
(07.12.2022) Peter Guhl und Christian Linne von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN haben Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir zum einjährigen Dienstjubiläum bescheinigt, mit seinem Amt vollständig überfordert zu sein. „Noch nie hat ein Minister so deutliches Desinteresse am Agrarressort gezeigt wie dieser mit allzuviel Vorschusslorbeeren bedachte Schwätzer“, stellt Guhl fest und verweist auf den Forderungskatalog zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft, den er und Linne als Vertreter der FREIEN BAUERN in einem Bündnis mit LSV, BDM, Milchboard und AbL im Oktober 2021 an die sich anbahnende Ampel-Koalition gerichtet hatten. „Keine einzige unserer Forderungen hat Özdemir bislang aufgegriffen geschweige denn erfüllt“, kritisiert Linne: „Hört man die Verlautbarungen des Ministers, kommen mir Zweifel, ob er sich überhaupt damit beschäftigt hat. Nichts als heiße Luft mit Hanf.“

Entsprechend verheerend fällt die Bilanz des ersten Amtsjahres von Özdemir bei den FREIEN BAUERN aus. „Durch seine Zustimmung zu den Freihandelsabkommen mit Kanada und Neuseeland hat der Minister einen grundlegenden Kurswechsel zulasten bäuerlicher Interessen stillschweigend nachvollzogen“, bedauert Linne. Waren die Grünen in der

Vergangenheit immer für regionale Erzeugung und gegen Billigimporte aus Übersee eingetreten, gehe es inzwischen allenfalls darum, der Globalisierung ein grünes Mäntelchen umzuhängen, so der 50jährige Ackerbauer aus dem niedersächsischen Sottmar: „Auch bei der bisher vehement verlangten Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel hat Özdemir offensichtlich keine Eile und wartet auf eine europäische Regelung.“ Dies bedeute, dass künftig mehr Agrarprodukte aus fernen Ländern eingeführt, aber für den Verbraucher nicht zu erkennen sein werden.

Guhl betont, dass FREIE BAUERN und Grüne früher wichtige Übereinstimmungen in der Agrarpolitik hatten: „Im Mai 2021 hat die grüne Bundestagsfraktion einen Antrag eingebracht, wonach die Milcherzeuger von ihren Molkereien einen Vertrag mit Menge und Preis hätten einfordern können – ein Jahr später kann sich im grün geführten Ministerium niemand mehr an die eigene Position erinnern.“ Statt eine entsprechende Verordnung auf den Weg zu bringen werde plötzlich von europarechtlichen Bedenken geschwurbelt. Die Chance, durch eine Formulierung im neuen Agrarbericht ortsansässige selbständige Landwirte beim Grunderwerb gegen Investoren zu stärken, wird Özdemir wahrscheinlich ebenso verstreichen lassen, befürchtet der 57jährige Milchviehhalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen: „Als Leitbild wird wohl nicht der bäuerliche Familienbetrieb verankert werden, sondern der Ökolandbau.“

Dass Özdemir ein Jahr nach seinem Amtsantritt ein „Dialognetzwerk zukunftsfähige Landwirtschaft“ einberuft, in dem kritische Stimmen ganz offensichtlich keinen Platz haben, bestätigt den Eindruck, den Guhl und Linne vom ihm gewonnen haben. Solchen Netzwerken sollte man allerdings nicht zu große Bedeutung beimessen, meinen die FREIEN BAUERN, und die Zukunft komme im Zweifel auch ohne einen dialogfähigen Bundeslandwirtschaftsminister aus.



Dieses Kalb auf dem Hof von Peter Guhl, Bundesvertretung der FREIEN BAUERN, wird liebevoll aufgezogen – und deshalb hat er von Hannes Jaenicke und Sky du Mont eine strafbewehrte Unterlassungserklärung verlangt, ihre Behauptungen aus der Talkshow 3nach9 von Radio Bremen (Screenshot Seite 7), die in ganz Norddeutschland ausgestrahlt wurden, nicht zu wiederholen. Mittlerweile ist ein Antrag auf einstweilige Verfügung beim Amtsgericht gestellt. Warum wir angesichts der Riesen-Aufschreis in der Landwirtschaft die einzigen sind, die

Jaenicke und du Mont juristisch belangen und damit die Lügen gerichtsfest dokumentieren, mag sich jeder selbst beantworten. Trotzdem sind wir natürlich parallel an die Intendanten der Sender herangetreten mit der Forderung, den „Rufmord an einer ganzen Berufsgruppe vor einem riesigen Fernsehpublikum durch tatsachenbasierte Berichterstattung zu korrigieren. Nachdem Jaenicke und du Mont bereits zurückgerudert sind mit halbseidenen Entschuldigungen und Erklärungen in den sozialen Medien (die Forderung nach Wahrheit zugleich als Shitstorm diffamierend) wage ich die Prognose, dass wir mit den Herrschaften relativ schnell fertig sein werden. Deshalb wende ich mich schon heute an Sie mit einer Programmbeschwerde und dem Angebot der Zusammenarbeit.“ Wir bleiben dran.

FREIE BAUERN: Hannes Jaenicke, Sky du Mont und Judith Rakers lügen und hetzen gegen die Milchviehhaltung



(27.11.2022) Die FREIEN BAUERN haben den Schauspielern Hannes Jaenicke und Sky du Mont sowie der Moderatorin Judith Rakers Lüge und Hetze vorgeworfen und angekündigt, auf Unterlassung ihrer unwahren und verleumderischen Behauptungen zu klagen. „In der Talkshow 3nach9 vom vergangenen Freitag wurde eine rote Linie überschritten,“ sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN und Landwirt aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „War bisher manche Meinungsäußerung aus fachlicher Sicht schon schwer zu ertragen, so handelt es sich hier nur noch um primitive Hetze gegen unseren Berufsstand.“ Jaenicke hatte behauptet, konventionelle Milchviehhaltung sei bestialische Tierquälerei, du Mont hatte mit Zustimmung von Jaenicke und Rakers behauptet, alle Kälber aus der Milchviehhaltung würden umgebracht. Wolff: „Kein Kalb wird umgebracht – wir stehen fassungslos vor den Lügen, die über ein öffentlich-rechtliches Medium verbreitet werden, und gehen jetzt gerichtlich dagegen vor.“

In der Sendung durfte Jaenicke zahllose wirklichkeitsfremde Einschätzungen über die Produktion von Milch kundtun, die in der Warnung gipfelten, man würde sich durch den Genuss von Milch oder Milchprodukten vergiften. Über die Kälber aus der Milchviehhaltung sagte du Mont wörtlich: „Die werden ja alle umgebracht. Sie werden in Container geworfen, dann sind es mehrere Schichten, und die unten sterben dann, indem sie ersticken (...), wenn man Milch trinkt, muss man das wissen.“ Weder gebe es solche Container, noch solche Tötungsmethoden noch würden Kälber überhaupt getötet, stellt Wolff klar: „Ein Teil der weiblichen Kälber wird aufgezogen, um später ältere Milchkühe aus der Herde zu ersetzen, der größere Teil wird gemästet und als ausgewachsene Bullen oder Färsen im Alter von rund zwei Jahren geschlachtet.“ Der gesamte Talk habe nichts mit der Wirklichkeit auf den Betrieben zu tun, sondern ziehe die gute Arbeit der Bäuerinnen und Bauern durch den Schmutz, die sich 365 Tage im Jahr um Kühe und Kälber kümmern.

Wer den Schauspielern das Drehbuch für ihre Horrormärchen geschrieben haben könnte, klingt bei Jaenicke am Ende durch, als er Ersatzprodukten aus dem Labor eine große Zukunft vorhersagt. Wolff: „Den Multis der Lebensmittelbranche sind wir Bauern schon lange ein Dorn im Auge – sie wollen die natürliche Erzeugung von Fleisch, Milch und Eiern verdrängen durch neues Designerfood, das sie mit viel Energie und Chemie und Gentechnik zusammenpanschen und ahnungslosen Gutmenschen als klima- und tierfreundliche Alternative verkaufen.“ Ob Jaenicke, du Mont und Rakers diese Zusammenhänge durchschauen, möchte Wolff lieber nicht beurteilen. Entscheidend sei, dass sie offenkundig die Unwahrheit gesagt haben: „Und genau das werden wir ihnen nicht durchgehen lassen.“

FREIE BAUERN zur Molkereibesetzung im Ammerland

(23.09.2022) Ein Mitglied der FREIEN BAUERN hat mit finanzieller Unterstützung durch LSV Ostfriesland eine einstweilige Verfügung gegen die Protestaktion der radikalen Tierschutzorganisation „Animal Rebellion“ beantragt, die heute morgen mit der Besetzung der Ammerländer Molkerei bei Westerstede begonnen hat. „Wir möchten erreichen, dass die Blockade der Milchlieferung sofort beendet wird, um wirtschaftlichen Schaden für unsere bäuerlichen Betriebe abzuwenden“, begründet Reinhard Jung, Politikreferent der FREIEN BAUERN. Die vom Antragsteller beauftragte Kölner Rechtsanwaltskanzlei Stiletto versuche seit gestern nachmittag per Eilantrag beim Landgericht Oldenburg, die ungehinderte Anfahrt der Milchtankwagen in die Molkerei zu erzwingen, damit die frische Milch aus der Region verarbeitet werden kann und nicht verdirbt.

„Als ich jung war, haben wir gegen Rüstungsexporte und Atomkraftwerke demonstriert, heute kämpfen so genannte Aktivisten gegen Bauernhöfe mit Milchkühen“, wundert sich Jung über verschobene Wahrnehmungen. Der 56jährige Ökobauer aus dem brandenburgischen Lennowitz zieht eine direkte Verbindung von den militanten Aktionen vermeintlicher Tierschützer zur aktuellen Agrarpolitik: „Wo ist Cem Özdemir, der sich in so einer Situation doch mit uns Bauern solidarisieren müsste? Er hält sich raus, weil solche Aktionen wunderbar zum politisch propagierten Märchen von der Kuh als Klimakiller passen. Einerseits eine Halbierung der Tierhaltung fordern, andererseits im Freihandelsabkommen mit Kanada den Import von 125.000 Tonnen Fleisch vereinbaren. Das ist der grüne Ungeist, der sich immer häufiger in Hass und Hetze gegen unsere Bauernfamilien entlädt.“

FREIE BAUERN zum Verfahren gegen Burkhard Berg

(05.12.2022) Die FREIEN BAUERN haben die Einstellung des Verfahrens wegen vermeintlicher Störung einer Versammlung gegen ihr Mitglied Burkhard Berg durch das Amtsgericht Rheda-Wiedenbrück begrüßt. „Nach dem Freispruch unseres Mitglieds Jann-Henning Dircks durch das Amtsgericht Husum vor drei Monaten ist es das zweite Mal, dass sich ein deutsches Gericht den maßlosen Ansprüchen selbst ernannter Tierschützer entgegenstellt, jegliche öffentliche Kritik an ihren Aktivitäten zu unterbinden“, freut sich Georg Straller von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Wir müssen unsere Arbeit nicht durch den Dreck ziehen lassen, wir dürfen unsere Positionen selbstbewusst und fair vertreten wie jeder andere Staatsbürger auch.“ Die heutige Entscheidung sei eine Ermutigung für alle bäuerlichen Tierhalter, die von professionellen Aktivisten organisierten Stalleinbrüche, Zerrbilder und Fehlinformationen nicht still zu ertragen, sondern sich lautstark dagegen zu wehren, so der 59jährige Schweinemäster aus den bayerischen Ipfelheim.

Berg war im Juli 2020 an einer spontanen Demonstration von etwa 30 Landwirten vor dem Werksgelände des Tönnies-Schlachthofs in Rheda-Wiedenbrück beteiligt, die in unmittelbarer Nähe einer angemeldeten Demonstration des Vereins „Deutsches Tierschutzbüro“ mit etwa 20 Aktivisten stattfand. Statt der vom Büro geplanten öffentlichen Aufmerksamkeit für angebliche Missstände in Schweineställen richtete sich das Medieninteresse jetzt auf die erregten Diskussionen zwischen Aktivisten und Landwirten, wobei der Organisator des Tierschutzbüros Jan Peifer eine denkbar schlechte Figur machte. Auf die misslungene Aktion folgte die Strafanzeige gegen Berg, dieser hätte mit seinen Berufskollegen die Versammlung gestört. Straller: „In einer lebendigen Demokratie ist der Streit mit Worten nicht störend, sondern bereichernd. Aber Widerspruch passt natürlich nicht in das auf Spendenakquisition ausgerichtete Geschäftsmodell der Szene.“

90 Milliarden Euro ökologische Schäden würde die deutsche Landwirtschaft anrichten, bei einer Bruttowertschöpfung von 20 Milliarden Euro wohlgemerkt. Dieser Irrsinn steht im Abschlussbericht der **Zukunftskommission Landwirtschaft**, auf den sich die Bundesregierung immer wieder beruft. Deswegen werden wir nicht müde, dieses Papier zu kritisieren: Die Demonstration am Rande der Agrarministerkonferenz in Quedlinburg am 16. September hat Christian Linne von unserer Bundesvertretung auch dazu genutzt, an Bauernverband, LSV, BDM und AbL zu appellieren, ihre Unterschrift unter den Abschlussbericht zurückzuziehen. Als bekannt wurde, dass mit Myriam Rapior (BUND-Jugend) und Kathrin Muus (Landjugend) zwei Mitglieder der Zukunftskommission den Deutschen Umweltpreis erhalten sollten, haben wir überlegt, was wir dem entgegensetzen ... und konnten unser Mitglied Fenja Jacobs gewinnen, 18 Jahre jung, 2. Lehrjahr Landwirtschaft, aktiv auf Instagram und mit ihrem Vater auf jeder Treckerdemo in Ostfriesland. So entstand am Wochenende vorher ein Portrait, in dem wir Fenja auf dem 170-ha-Milchvieh-Bullenmastbetrieb ihrer Eltern vorstellten und zu unserer Preisträgerin ausriefen. Fast 15.000 mal angeklickt, sorgte das Video für eine hohe Aufmerksamkeit im Vorfeld – nachfolgend der Text mit Auslassungen (...) für die Portrait-Sequenzen:



her ein Portrait, in dem wir Fenja auf dem 170-ha-Milchvieh-Bullenmastbetrieb ihrer Eltern vorstellten und zu unserer Preisträgerin ausriefen. Fast 15.000 mal angeklickt, sorgte das Video für eine hohe Aufmerksamkeit im Vorfeld – nachfolgend der Text mit Auslassungen (...) für die Portrait-Sequenzen:

Unsere Preisträgerin: Fenja Jacobs aus Hesel in Ostfriesland

Die Zukunftskommission unterstellt unserer heimischen Landwirtschaft gigantische Umweltschäden und leitet daraus die Notwendigkeit eines grundlegenden Umbaus ab ... Unglaublich – für ihre grünen Hirngespinnste will Bundespräsident Steinmeier jetzt auch noch zwei Mitglieder der Zukunftskommission am 30. Oktober in Magdeburg mit dem Deutschen Umweltpreis auszeichnen ... Wir meinen: Echter Umweltschutz ist, wenn die Lebensmittel, die wir essen, nicht in fernen Ländern produziert werden, sondern durch unsere heimische Landwirtschaft ... Unser **ECHTER UMWELTPREIS** geht daher an Fenja Jacobs ... Fenja erhält unseren Umweltpreis stellvertretend für alle jungen Landwirte, die ihre Zukunft selber in die Hand nehmen und sich nichts von einer Kommission vorschreiben lassen.

FREIE BAUERN verleihen Echten Umweltpreis und fordern Absage an die Zukunftskommission Landwirtschaft

(30.10.2022) Klare Kante in Magdeburg: Während Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Maritim Hotel vor rund tausend geladenen Gästen den Deutschen Umweltpreis verleiht, demonstrieren draußen Landwirte dagegen, dass zwei Mitglieder der Zukunftskommission Landwirtschaft die renommierte Auszeichnung erhalten. „Wir verleihen hier statt dessen den Echten Umweltpreis, und zwar an die Bauerntochter Fenja Jacobs aus Hesel in Ostfriesland, stellvertretend für alle jungen Landwirtinnen und Landwirte, die ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen und sich nichts von einer Kommission vorschreiben lassen“, begründet Christian Linne von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN die Protestaktion: „Echter Umweltschutz ist, wenn die Lebensmittel, die wir essen, nicht in fernen Ländern produziert werden sondern durch unsere heimische Landwirtschaft.“

Dass die Empfehlungen der nach den Bauernprotesten 2019 von Bundeskanzlerin Angela Merkel einberufenen Zukunftskommission genau diese regionale Erzeugung zurückdrängen, kritisierte Landwirtin Frieda Simon: „Unsere Landwirtschaft soll komplett transformiert werden, weil sie angeblich der Umwelt massiv schadet. Weniger Tiere, weniger Dünger, weniger Ertrag und damit zwangsläufig mehr Einfuhren aus Übersee – was soll daran umweltfreundlich sein?“ Eine staatlich gesteuerte Agrarwende würde nur das Höfesterben beschleunigen, warnte Simon und sprach sich dafür aus, die Entwicklung umzukehren: „Für eine gute Zukunft brauchen wir nicht weniger, sondern mehr bäuerliche Familienbetriebe.“

Den Echten Umweltpreis der FREIEN BAUERN, der auf einem als Bühne umfunktionierten Anhänger vor dem Hotel verliehen wurde, erhielt daher die 18jährige landwirtschaftliche Auszubildende Fenja Jacobs. „Von Deiner Begeisterung für den schönsten und wichtigsten Beruf der Welt und Deiner Zuversicht können wir uns alle eine Scheibe abschneiden“, sagte Landwirt Reinhard Jung in seiner Laudatio auf die Preisträgerin und plädierte dafür, als bäuerlicher Berufsstand noch selbstbewusster gegenüber der Politik aufzutreten. Jacobs bedankte sich für die Auszeichnung und grüßte alle jungen Bauern: „Wir lassen uns unsere Landwirtschaft von niemandem schlechtreden und freuen uns auf die Zukunft.“

Wie sie sich eine „Zukunft ohne Kommission“ vorstellen, hatten die FREIEN BAUERN auf einem Transparent vor der Bühne schlagwortartig zusammengefasst: Bauernhöfe statt Agrarkonzerne, Eigenverantwortung statt Bürokraten-Willkür, regionale Erzeugung statt Billigimporte aus Übersee, Marktwirtschaft statt Preisdiktat durch Monopole und bäuerliche Kulturlandschaft statt immer mehr Wildnis. Keine dieser wichtigen agrarpolitischen Aufgaben habe Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir bisher angepackt, bedauerte Linne und verlangte eine deutliche Absage an die „grünen Hirngepinste“ der Zukunftskommission: „Umweltgerechte Agrarpolitik muss sich an der Stärkung der heimischen Produktion ausrichten, alles andere ist Etikettenschwindel.“

Mit den zwei großen Traktoren von Georg Scheuerle und Petra Wolter-Klußmann, der Bühne von Malte Ehrenberg und rund 50 Teilnehmern, viele aus dem Braunschweiger Land, war unsere Preisverleihung nicht zu übersehen vor dem Maritim. Über 500 Flugblätter wurden verteilt. Rapior und Muus kamen heraus und gratulierten Fenja mit einem Blumenstrauß, die sich mit einem Präsentkorb der Ammerländer Meierei bedankte. Presse hätte zwar mehr sein können (Bild, Mitteldeutsche Zeitung, Ostfriesenzeitung), aber über eine dpa-Meldung schaffte es die Aktion auf die Internetseiten fast aller Medien bis hin zu tagesschau.de.

Auf der Bühne v.l.n.r: Frieda Simon, Fenja Jacobs, Reinhard Jung, Christian Linne



Weitere Schwerpunkte unserer Arbeit in den vergangenen drei Monaten waren der Widerstand gegen die Freihandelspolitik der Bundesregierung, die kritische Begleitung der von den Ländern vorgenommenen Ausweisung roter Gebiete sowie Stellungnahmen zu aktuellen agrarpolitischen Themen wie der Zukunft der Tierproduktion, der geplanten Biogas-Abschöpfung oder der drohenden Lockerung des Gentechnikrechts.

FREIE BAUERN werfen den Grünen bei Freihandelsabkommen Verrat an Grundsatzpositionen vor



(19.10.2022) Die FREIEN BAUERN haben die Kehrtwende der Grünen in der Freihandelspolitik scharf kritisiert. „Wenn jetzt CETA und demnächst das neue Handelsabkommen mit Neuseeland mit grüner Zustimmung durchgewunken werden, ist das mindestens so ein Verrat an grünen Grundsatzpositionen wie die Waffenlieferungen in Kriegsgebiete oder die Laufzeitverlängerung

der Atomkraftwerke“, sagte Jann-Harro Petersen von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Keine Interpretationserklärung und kein Nachhaltigkeitskatalog könne darüber hinweg täuschen, dass zollfreie Importkontingente für Agrargüter aus Übersee nicht nur unfaire Konkurrenz für unsere heimische Landwirtschaft bedeuten, sondern auch das genaue Gegenteil von Nachhaltigkeit, so der 45jährige Milcherzeuger und Schafhalter aus dem schleswig-holsteinischen Tating: „Fleisch an sich ist ein hochwertiges Naturprodukt, aber aus Ländern mit Gentechnik und Hormonmast um die halbe Welt gefahren, bleibt von der positiven Ökobilanz nicht mehr viel übrig.“

Am Beispiel des im Juni vereinbarten, aber noch nicht ratifizierten Freihandelsabkommens der EU mit Neuseeland verdeutlicht Petersen die Auswirkungen: „Das zollfreie Importkontingent wird demnach um 38.000 Tonnen Schaffleisch erhöht, das ist fast das doppelte der gesamten deutschen Erzeugung, und damit könnte allein das kleine Neuseeland mehr als 30 Prozent der EU-Produktion in die EU liefern, natürlich zu den auf den Pazifikinseln möglichen niedrigen Preisen.“ Mit ihrer neuen liberalen Freihandelspolitik würden die Grünen den Preisdruck auf die Schafhalter weiter erhöhen, gleichzeitig hielten sie ihre schützende Hand über die Wölfe – für die FREIEN BAUERN eine absurde Kombination. Petersen: „Damit entziehen ausgerechnet die Grünen der extensiven und oft in Kooperation mit dem Naturschutz stattfindenden Schafhaltung die ökonomische Basis.“ Der Landwirt appelliert an Greenpeace, BUND und Nabu, die bisher immer gegen Freihandelsabkommen auf die Straße gegangen sind, die Ratifizierung jetzt aktiv zu bekämpfen. Bisher höre er nur „das Schweigen der Lämmer“.

Angesichts kriegesischer Auseinandersetzungen und unterbrochener Lieferketten stelle sich generell die Frage, weshalb überlebenswichtige Agrargüter überhaupt noch als Bestandteil von Freihandelsabkommen vorgesehen seien, argumentiert Petersen: „Geht es hier wirklich um das Wohl des Volkes oder macht sich die Politik damit nicht eher zum Erfüllungsgehilfen derjenigen Industrien, die um jeden Preis exportieren wollen, und sei es auf Kosten von Umwelt und Ernährungssouveränität?“

Stellungnahme der FREIEN BAUERN vor dem Bundestag zum CETA-Ratifizierungsgesetz

(10.10.2022, Reinhard Jung) Die FREIEN BAUERN, Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe, empfehlen dem Ausschuss, das vorgelegte Gesetz abzulehnen, da es den Interessen der deutschen Landwirtschaft im Übermaß schadet.

Die Ratifizierung von CETA durch die Bundesrepublik Deutschland wäre ein weiterer Schritt in Richtung vollständige Inkraftsetzung des Freihandelsabkommens mit Kanada. Wesentliche wirtschaftliche Auswirkungen sind bereits durch die vorläufige Inkraftsetzung 2017 eingetreten. Mit der Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedsstaaten würde insbesondere der vereinbarte Investitionsschutz für internationale Konzerne wirksam, der über eine Paralleljustiz mit so genannten Schiedsgerichten stark in die Souveränität der beteiligten Staaten eingreift. Hiergegen gibt es Verfassungsklagen, u. a. von einem Bündnis aus Campact, Foodwatch und MehrDemokratie sowie von Abgeordneten der Linksfraktion. Die diesen Klagen zugrunde liegenden Bedenken teilen wir grundsätzlich, haben aber zu diesem Thema bislang nicht gearbeitet. Deshalb möchte ich mich hier auf die wirtschaftlichen Auswirkungen für die Landwirtschaft beschränken. Eine Ablehnung der Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag würde nämlich nicht nur den umstrittenen Investitionsschutz unmöglich machen, sondern darüber hinaus eine gesellschaftliche Debatte über den Nutzen derartiger Freihandelsabkommen generell auslösen. Diese wiederum scheint uns notwendig.

CETA enthält eine Vielzahl von Regelungen, die die Landwirtschaft betreffen. Wesentliche Punkte sind der zollfreie Zugang für 18.000 Tonnen Käse aus der EU nach Kanada sowie für 45.000 Tonnen Rindfleisch und 75.000 Tonnen Schweinefleisch aus Kanada in die EU. Diese Kontingente sind keinesfalls ausgeglichen, wie ich Ihnen am Beispiel Käse und Rindfleisch erläutern möchte.

Wir haben ein zollfreies Kontingent von 18.000 Tonnen Käse zugunsten der EU. Bei einem durchschnittlichen Bedarf von 8 kg Milch für 1 kg Käse benötigen wir 144.000 Tonnen Milch. Legt man eine Milchleistung von 10.000 kg zugrunde, brauchen wir für 18.000 Tonnen Käse also die Jahresproduktion von 14.400 Milchrindern. Wir haben ein zollfreies Kontingent von 45.000 Tonnen Rindfleisch zugunsten von Kanada. Legt man für den Schlachtkörper 333 kg sowie eine Mastdauer von zwei Jahren zugrunde, brauchen wir für 45.000 Tonnen Rindfleisch also die Jahresproduktion von 67.500 Fleischrindern. Die Jahresproduktion von 14.400 Milchrindern zugunsten der EU versus die Jahresproduktion von 67.500 Fleischrindern zugunsten von Kanada, das ist ein Missverhältnis von 5 : 1 zugunsten der kanadischen und zulasten der europäischen Rinderhalter. Wenn man bedenkt, dass die Rinderhalter an der Wertschöpfung von Molkereiprodukten in weit geringerem Maße beteiligt sind als an der Wertschöpfung von unverarbeitetem Fleisch verschlechtert sich das Verhältnis weiter. Und wenn man dann noch die 75.000 Tonnen Schweinefleisch einbezieht, die hier auf einen überaus gesättigten Markt treffen, so ist man schnell bei einem Missverhältnis von 10 : 1 zugunsten der kanadischen und zulasten der europäischen Landwirtschaft. Es ist das alte Thema: Für bessere Exportchancen der Industrie muss die Landwirtschaft bluten.

Nun könnte man einwenden: Die landwirtschaftlichen Regelungen aus CETA gelten bereits seit 2017, und die europäische Landwirtschaft ist nicht untergegangen. Richtig, aber sie hatte schwierige Jahre, und es sind in dieser Zeit sehr viele selbständige bäuerliche Existenzen verloren gegangen – das wiederum hat viel mit dem Preisdruck durch Importe und Monopole zu tun. Als CETA unterzeichnet wurde, lagen die Milchpreise in Kanada deutlich höher als in der EU, die Preise für Rind- und Schweinefleisch lagen deutlich niedriger, so dass die erste unmittelbare Auswirkung der vorläufigen Inkraftsetzung ein verstärkter Preisdruck auf die landwirtschaftlichen Betriebe zu beiden Seiten des Ozeans war. Kanada ist zum einen Agrarüberschussland, zum anderen sind die Produktionsstandards in Ackerbau und Tierhaltung niedriger als in der EU, deshalb kann unsere Landwirtschaft in diesem Wettbewerb nur unterliegen. Eine Zustimmung zu dem vorgelegten Gesetz stünde dementsprechend auch im offenen Widerspruch zum erklärten Ziel der Bundesregierung, die Standards in der Tierhaltung weiter zu erhöhen, Stichwort Tierwohl.

Nun könnte man weiterhin einwenden: Die in CETA ausgehandelten Tonnagen machen jeweils weniger als 1 % der Gesamtproduktionsmenge etwa von Rind- und Schweinefleisch in der EU aus. Auch richtig, aber CETA steht ja nicht allein, sondern in einer Reihe von Freihandelsabkommen,

die jetzt durchgewunken werden sollen. Nächste Woche nehmen wir an einer Anhörung zum Freihandelsabkommen mit Neuseeland teil, hier geht es vor allem um Lammfleisch. Und nach wie vor steht das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten auf der Tagesordnung, wo zusätzliche 100.000 Tonnen Rindfleisch aus dem brennenden Regenwald verhandelt werden, das wären dann 1,7 % der Gesamtproduktionsmenge der EU und damit eine ganz andere Hausnummer. Von der Gefahr einer Wiederaufnahme der TTIP-Gespräche ganz zu schweigen. Auf der anderen Seite stehen immer neue Auflagen und Anreize zur Reduzierung der landwirtschaftlichen Produktion in der EU, Stichwort Green Deal. Das führt zu der grundsätzlichen Frage, ob es volkswirtschaftlich sinnvoll und ernährungspolitisch geboten ist, Agrarrohstoffe in Größenordnungen in die EU einzuführen, die wir selbst erzeugen können, wenn auch derzeit zu etwas höheren Kosten.

Ich trinke gerne Kaffee und manchmal auch Orangensaft, und wir sehen durchaus die Vorteile von Freihandel für den Wohlstand unserer Gesellschaft. Mit dem Export von Industrieprodukten lässt sich gutes Geld verdienen, was über eine hohe Kaufkraft zumindest theoretisch auch positive Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben kann. Es kommt wie so häufig auf das richtige Maß an. Und da wünschen wir uns, dass wir alle zusammen in den Jahren zwischen dem Abschluss von CETA und dem nun vorliegenden Gesetz zur Ratifizierung dazugelernt haben. Landwirtschaft ist systemrelevant, ihre Verlagerung in andere Weltgegenden hat nicht nur negative ökologische und soziale Auswirkungen hier wie dort, sie gefährdet zudem unsere Sicherheit und Souveränität. Mit einer begründeten Ablehnung des Gesetzes würden Sie ein Zeichen setzen, dass Freihandel sich künftig auf Warengruppen konzentrieren sollte, die weniger umweltsensibel und überlebenswichtig sind als ausgerechnet Lebensmittel.

Die Argumente, die ich hier vorgetragen habe, sind überwiegend nicht neu. Sie waren bisher Positionen der Grünen. Während andere Interessenorganisationen der Landwirtschaft sehr nah an politischen Parteien arbeiten, legen die FREIEN BAUERN großen Wert auf ihre Unabhängigkeit. Deshalb kommunizieren wir gegen alle Vorbehalte im Berufsstand immer wieder, dass es auch Berührungspunkte zu den Grünen gibt, etwa bei den Themen Freihandel, Gentechnik und Braunkohle. Das geht natürlich nur so lange wie wir beim politischen Gegenüber noch einen Funken Glaubwürdigkeit erkennen können.

FREIE BAUERN: Ausweisung roter Gebiete kritisch begleiten

(25.11.2022) Dass wir die Düngeverordnung 2020 und die Allgemeine Verwaltungsvorschrift (AVV) zur Ausweisung roter Gebiete ablehnen und dagegen politisch und juristisch vorgehen, ist bekannt. Wir halten beide Regelwerke nicht für geeignet, einen fachlich nachvollziehbaren und praktisch umsetzbaren Ausgleich zwischen den öffentlichen Belangen Gewässerschutz und Ernährungssicherung herzustellen. Dies vorab zur Bundesebene.

Aktuell sind wir auf Länderebene mit der Umsetzung der AVV befasst, da bis Ende des Jahres die roten Gebiete neu ausgewiesen werden müssen. In drei Bundesländern wurden wir angehört und haben in Zusammenarbeit mit der Potsdamer Rechtsanwaltskanzlei HSA Partner umfangreiche Stellungnahmen verfasst: in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Unabhängig davon, ob wir damit das Verfahren der Ausweisung noch beeinflussen können, sind die in den Stellungnahmen vorgetragenen Bedenken und Einwendungen für unsere Mitglieder in allen Bundesländern von Interesse, da sie mögliche rechtliche Schwächen des Verfahrens aufzeigen. Wer sich mit



dem Gedanken einer Klage trägt, findet hier wertvolle Argumente, ergänzend zu den Argumenten, die sich aus der jeweils individuellen Betroffenheit und regionalen Besonderheit ergeben. Auch nach Ausweisung der roten Gebiete auf Länderebene sehen wir es als unsere Aufgabe an, die Umsetzung der AVV kritisch zu begleiten, um die Interessen unserer Mitglieder zu wahren: Zum einen werden wir auf eine zügige Fertigstellung des zu verdichtenden Messnetzes dringen, weil wir davon ausgehen, dass künftig durch mehr Messstellen eine engere Eingrenzung der roten Gebiete möglich wird. Zum anderen werden wir versuchen, in den auf Länderebene zu beschließenden Maßnahmen die Option zu verankern, dass Betriebe von den Düngauflagen ausgenommen werden, wenn sie mit ihrer Stoffstrombilanz eine bedarfsgerechte Düngung nachweisen können.

Stellungnahme der FREIEN BAUERN vor dem Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium zur Novelle der Landesdüngeverordnung

(15.11.2022, Fokko Schumann) Das Netz aus Messstellen zur Erfassung von Nitratbelastungen im Grundwasser war bisher und ist weiterhin die entscheidende Grundlage für die Ausweisung nitratbelasteter Gebiete. Mit der Änderung der AVV GeA sind die Anforderungen an die Messnetzdichte konkretisiert und erhöht worden. Sie sind mit der verbindlichen Vorgabe zur Anwendung eines geostatistischen Verfahrens verknüpft. Der Ausgestaltung des Ausweisungsmessnetzes kommt daher eine noch größere Bedeutung als vorher zu. Bei der ordnungsgemäßen Ausgestaltung des Ausweisungsmessnetzes ist zum einen die Anzahl der einbezogenen Grundwassermessstellen entscheidend. Zum anderen ist die bautechnische Eignung und hydrogeologische Repräsentativität der Messstellen für eine sachlich zutreffende Gebietsausweisung zwingende Voraussetzung. In Bezug auf die bautechnischen Anforderungen gilt die bisherige Rechtslage im Wesentlichen fort. Die hierfür geltenden Anforderungen der Anlage 1 AVV GeA haben sich durch die Änderung der Verwaltungsvorschrift nicht erheblich geändert. In Bezug auf die Messnetzdichte ist mit der Änderung der AVV GeA eine Konkretisierung der Anforderungen im Zusammenhang mit der verpflichtenden Vorgabe zur Anwendung eines geostatistischen Verfahrens erfolgt. Die Anforderungen an die Messnetzdichte richten sich nun nach der Variabilität der hydrogeologischen Einheiten, also der Lagerungsverhältnisse der Grundwasserleiter in den einzelnen Grundwasserkörpern. Dies vorausgeschickt nehmen wir zum vorliegenden Entwurf der geänderten Landesdüngeverordnung sowie zur in diesem Zusammenhang vorliegenden Gebietskulisse wie folgt Stellung:

1. Zwar hat die Landesregierung die sich aus § 4 Abs. 2 AVV GeA ergebenden Anforderungen an die Messstellendichte in Abhängigkeit der hydrogeologischen Verhältnisse erkannt und führt dazu aus, dass auf 60 % der Landesfläche stark variierende hydrogeologische Einheiten vorliegen, die mindestens eine Messstellendichte von einer Messstelle je 20 km² erfordern. Es ist dem Verordnungsentwurf und der dazu vorliegenden Begründung jedoch in keiner Weise zu entnehmen, auf welche fachlichen Grundlagen sich die Feststellung zu den hydrogeologischen Verhältnissen stützt. Es ist nicht nachvollziehbar, anhand welcher Parameter der auslegungsbedürftige Begriff der stark variierenden hydrogeologischen Einheiten bewertet wird. Um eine Nachvollziehbarkeit des Verordnungsentwurfs und der damit einhergehenden Gebietsausweisung für die beteiligten fachlichen Kreise und die Betroffenen zu ermöglichen, wird die Veröffentlichung der methodischen und tatsächlichen Grundlagen der Feststellungen zu der Variabilität der hydrogeologischen Einheiten gefordert. Erst die entsprechende Offenlage ermöglicht die fachliche Auseinandersetzung mit den gesetzgeberischen Schlussfolgerungen.
2. Dem Verordnungsentwurf und der damit verbundenen Gebietsausweisung liegt zu Grunde, dass die erforderliche Messstellendichte gemäß § 4 Abs. 2 AVV GeA in Niedersachsen nicht erreicht ist. In diesem Zusammenhang wird jedoch in keiner Weise ausgeführt, welche Anstrengungen die Landesverwaltung im Rahmen der Neuausweisung zur Erreichung der bun-

desrechtlich verbindlich vorgegebenen Messnetzdicke unternommen hat. Insbesondere ist darzulegen, inwieweit von der Möglichkeit des § 4 Abs. 1 S. 2 AVV GeA Gebrauch gemacht wird. Nach dieser Vorschrift haben die Länder die Möglichkeit, über die obligatorisch in das Ausweisungsmessnetz aufzunehmenden Messstellen der Messnetze des § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 - 3 AVV GeA weitere Messstellen, insbesondere von Trinkwassergewinnungen, in das Ausweisungsmessnetz zu übernehmen. Die Länder sind für die ordnungsgemäße Ermessensausübung somit verpflichtet, die Möglichkeit der Einbeziehung von Messstellen Dritter zu prüfen und im Einzelfall zu bewerten. Ob und inwieweit diese Prüfung erfolgt ist, ist nicht erkennbar.

3. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Aussage in der Begründung zum Verordnungsentwurf, wonach es sich bei der Umsetzung von geostatistischen Regionalisierungsverfahren bei der immissionsbasierten Abgrenzung lediglich um „eine perspektivische Vorgabe“ handle, falsch ist. Nach § 5 Abs. 2 AVV GeA sind die Länder verpflichtet, die immissionsbasierte Abgrenzung in allen Grundwasserkörpern einheitlich durch die Anwendung eines geostatistischen Regionalisierungsverfahrens nach Anlage 2 umzusetzen. Diese Pflicht gilt seit Inkrafttreten der geänderten AVV GeA, mithin seit dem 17.08.2022. Die in der Begründung zum Verordnungsentwurf versuchte Relativierung dieser bundesrechtlichen Pflicht verletzt die Rechte der betroffenen Landwirtschaftsbetriebe. Denn der Bundesgesetzgeber hat sich bewusst für ein anspruchsvolles Ausweisungsverfahren für die nitratbelasteten Gebiete entschieden, um eine sachlich zutreffende und möglichst detailscharfe Gebietsausweisung umzusetzen. Die verbindliche Vorgabe zur Durchführung eines geostatistischen Verfahrens und die damit verbundenen Anforderungen an den Messstellenausbau dürfen daher nicht relativiert werden. Diese Relativierung verbunden mit der sehr weit gehenden „Perspektive“ bis 2029 ist im Hinblick auf die Rechte der Betroffenen insofern nicht nachvollziehbar, weil die Bedeutung eines möglichst dichten, bautechnisch einwandfreien Messstellennetzes seit der erstmaligen Gebietsausweisung im Jahr 2019 und den hierzu geführten Normenkontrollverfahren dem Landesgesetzgeber bekannt ist. Dennoch ist das Ausweisungsmessnetz im Hinblick auf die nunmehr geltenden methodischen Anforderungen weiterhin unzureichend. Des Weiteren ist ungeachtet des sehr weiten Spielraums von sechs Jahren darzulegen, bis wann welche Ziele beim Messstellenausbau in Niedersachsen erreicht werden sollen.
4. Insgesamt ist zu beanstanden, dass die Begründung zum Verordnungsentwurf keinerlei Aussagen zum Messstellenausbau trifft. Die Bundesländer sind gemäß § 15 Abs. 2 AVV GeA verpflichtet, bis zum 31.12.2024 die Messstellendichte und den Messstellenausbau nach den Anforderungen des § 4 und der Anlage 2 AVV GeA zu vollziehen. Es ist somit darzulegen, wie diese Pflicht erfüllt werden soll. Ein entsprechender Regelungsbedarf besteht bereits zum jetzigen Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Änderung der Verordnung vor allem aus dem Grund, weil erhebliche Haushaltsmittel für den Messstellenausbau erforderlich sein dürften. Im Rahmen der Neuausweisung zur Erfüllung der Pflicht nach § 14 Abs. 2 S. 1 AVV GeA ist somit bereits im Rahmen dieser Überprüfung der Gebietsausweisung darzulegen, wie der Pflicht zum Messstellenausbau nachgekommen werden soll. Nur so ist eine Inanspruchnahme der Übergangsvorschrift zulässig.
5. Vor diesem Hintergrund wird im Rahmen der Neuausweisung erwartet, dass die Landesverwaltung Informationen dazu veröffentlicht, wie mit der zur bisherigen Gebietsausweisung vorgebrachten Kritik an Messstellen und deren Eignung im Rahmen der Gebietsausweisung umgegangen wird. Es wird gefordert, dass öffentlich dokumentiert wird, ob und inwieweit Grundwassermessstellen überprüft, instandgesetzt und gegebenenfalls ausgetauscht werden. Es wird eine öffentliche Datenbank gefordert, die die Überprüfung und Entwicklung des Ausweisungsmessnetzes möglich macht.

Wir erwarten, dass wir am Vorhaben des Messstellenausbaus beteiligt werden und bieten an, dass wir die zuständigen Landesstellen bei der Auswahl geeigneter und realisierbarer Standorte für Grundwassermessstellen unterstützen. Auch stehen wir für eine Abstimmung mit betroffenen Landwirten gerne zur Verfügung. Insbesondere erwarten wir, dass die erforderlichen finanziellen Mittel für den Messstellenausbau jetzt bereitgestellt werden.

FREIE BAUERN rügen Verlag für Gentechnik-Propaganda



Weizen in Deutschland: Hohe Flächenproduktivität ohne Gentechnik – durch gute fachliche Praxis

(22.11.2022) Die FREIEN BAUERN haben alle aktiven Landwirte davor gewarnt, sich von der massiven Kampagne großer Konzerne für die neue Gentechnik blenden zu lassen. „Die morgen in Berlin von Landwirtschaftsverlag und Bayer angebotene Dialogveranstaltung zum Crispr/Cas-Verfahren zeigt beispielhaft, wie uns die Industrie vorgaukelt, wir könnten angesichts von Hunger und Klimawandel nicht mehr auf ihre Neuentwicklungen verzichten“, kritisiert Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. In Wirklichkeit habe Deutschland, bezogen auf die Flächenproduktivität, im weltweiten Vergleich eine der leistungsfähigsten Landwirtschaften, so der 51jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen: „Und wir wirtschaften vor allem deshalb so erfolgreich, weil wir Eigentümer der eingesetzten Pflanzen und Tiere sind und keine Lizenznehmer multinationaler Konzerne.“

Derzeit werde in zahllosen Publikationen und Veranstaltungen die These vertreten, das Crispr/Cas-Verfahren sei lediglich eine Züchtungstechnologie und würde weitaus weniger ins Erbgut eingreifen als die alte Gentechnik, beschreibt Ehrenberg die Strategie der Befürworter: „Allerdings beantwortet niemand die nahe liegende Frage, weshalb für auf diese Weise entstandene Neuentwicklungen, anders als bei herkömmlichen Sorten, regelmäßig Patente beantragt und erteilt werden.“ Keine Überraschungen erwarten die FREIEN BAUERN daher morgen in Berlin. Der Landwirtschaftsverlag habe vier ausgewiesene Gentechnik-Lobbyisten eingeladen, eine bestenfalls unbedarfte Verbandsfunktionärin ... und um Ausgewogenheit zu simulieren dürfe sich ausgerechnet die im Berufsstand unbeliebte Staatssekretärin aus dem grünen Bundeslandwirtschaftsministerium mit einer Gegenposition versuchen. Ehrenberg: „Das wird Gentechnik-Propaganda vom feinsten. Ich wette, dass keiner der Teilnehmer die Eigentumsproblematik auch nur anspricht.“

So lange der Patentschutz in der Europäischen Union auch lebende Organismen umfasst, verbiete sich ein Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft schon aus ökonomischen Gründen, meinen die FREIEN BAUERN. „Das Eigentum an den Pflanzen und Tieren ist ein Grundpfeiler unserer unternehmerischen Freiheit“, unterstreicht Ehrenberg die landwirtschaftliche Sicht auf das Thema und sieht bislang auch keine praktischen Vorteile: „Alle mir bekannten produktionstechnischen Effekte lassen sich genauso wirksam oder besser

mit konventionellen Methoden erreichen – vorausgesetzt natürlich, man versteht etwas von Ackerbau.“ Die großspurigen Versprechungen der Industrie, mithilfe von Gentechnik könnten Hunger oder Klimawandel bekämpft werden, seien inzwischen zwanzig Jahre alt, ohne dass irgendwo auf der Welt erkennbare Fortschritte erzielt worden wären. Bei ihrer praktischen Anwendung vor allem in Amerika habe sich stets nur die Abhängigkeit der Landwirte von den Konzernen vergrößert.

FREIE BAUERN kritisieren geplante Biogas-Abschöpfung als energiepolitische Rolle rückwärts

(21.10.2022) Die FREIEN BAUERN haben sich besorgt über die Pläne der Bundesregierung zur Abschöpfung von Strommarkterlösen geäußert. „Die Einziehung von 90 Prozent der oberhalb der Einspeisevergütung erzielten Umsätze gefährdet die Wirtschaftlichkeit vieler mittelständischer Biogasanlagen, die bislang trotz massiv gestiegener Vorkosten zuverlässig Strom erzeugt haben“, sagte Jens Soeken von der Landesvertretung der FREIEN BAUERN Niedersachsen. Es wäre ein verheerendes Signal an die Branche, wenn etwa Steinkohlekraftwerke wegen gestiegener Vorkosten von der Abschöpfung ausgenommen würden, mit nachwachsenden Rohstoffen betriebene Kleinkraftwerke aber nicht, kritisiert der 42jährige Landwirt aus dem ostfriesischen Timmel, der selber eine Biogasanlage auf Grünlandbasis betreibt: „Offenbar plant Berlin eine Rolle rückwärts weg vom Mix aus Gas und erneuerbaren Energien hin zu den dreckigen Großkraftwerken der Vergangenheit.“

Dass die notwendige Entlastung der Stromkunden finanziert werden müsse, stellt Soeken nicht in Frage – hierfür habe der Staat jedoch über die Umsatzsteuer und die Einkommensteuer bereits reichlich Einnahmen gehabt. Die Abschöpfung bei den Biogasanlagen sei nichts anderes als eine politisch motivierte Absage an dezentrale Energieerzeugung. Besonders empört sich Soeken darüber, dass die Mehrerlöse nach den Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministeriums rückwirkend ab März 2022 eingezogen werden sollen: „Wie soll das gehen, wenn ich einen Großteil meiner Einnahmen bereits reinvestiert oder damit laufende Rechnungen bezahlt habe?“ Die FREIEN BAUERN rufen daher zur Unterzeichnung einer Petition auf, mit der die Bundesregierung zur Korrektur ihrer Abschöpfungspläne bewegt werden soll.

FREIE BAUERN für deutsches Schweinefleisch: Haltungsstufe egal, Herkunft entscheidet

(10.11.2022) Die FREIEN BAUERN haben dazu aufgerufen, nur noch Schweinefleisch mit Haltungskennzeichnung zu kaufen, und zwar unabhängig von der Haltungsstufe. „Die Einteilung unserer Tierhaltung nach technischen Standards ist primitiv und praxisfern, hat aber einen großen Vorteil für Verbraucherinnen und Verbraucher, denn sie signalisiert, dass das Produkt in Deutschland erzeugt wurde“, sagt Cord Meyer, stellvertretender Landessprecher der FREIEN BAUERN Niedersachsen. Für höhere Haltungsstufen der so genannten Initiative Tierwohl würden die Landwirte seit Monaten ohnehin keinen Preisaufschlag mehr erhalten, insofern sei die Unterscheidung überflüssig, argumentiert der 57jährige Schweinemäster aus Bötersen: „Aber wenn auf der Verpackung überhaupt eine Haltungsstufe ausgewiesen ist, wurde das Fleisch hier produziert und nicht mit hohem Energieaufwand hierher transportiert aus Ländern, wo Tierwohl ein Fremdwort ist.“ Dieser Aspekt der Regionalität sollte bei der Kaufentscheidung im Vordergrund stehen.

Dass die Bundesregierung derzeit eine verpflichtende Haltungskennzeichnung plant, hält Meyer daher für unschädlich: „Eigentlich möchte Cem Özdemir damit ja Teile unserer heimischen Landwirtschaft diskriminieren, tatsächlich bewirkt er jedoch, dass die Produkte erst als heimische Landwirtschaft erkennbar werden.“ Das sei deshalb besonders erfreulich, weil das grün geführte Landwirtschaftsministerium sich nach wie vor um die seit den großen Bauerndemonstrationen von 2019 geforderte verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel herumdrücke, kritisieren die FREIEN BAUERN. „Eine Regelung zur Herkunftskennzeichnung hat Özdemir auf die europäische Ebene verschoben, also auf den Sankt Nimmerleinstag“, erbst sich Meyer: „Gleichzeitig winkt sein Ministerium mit immer neuen Freihandelsabkommen zollfreie Fleischimporte aus Übersee durch, wo deutlich niedrigere soziale und ökologische Standards vorherrschen.“

In der Diskussion um Tierhaltung haben die FREIEN BAUERN wiederholt darauf hingewiesen, dass Tierwohl weniger von technischen Standards der Haltung abhängt, sondern vor allem davon, dass mitarbeitende Eigentümer sich persönlich um ihre Tiere kümmern. „Viele bäuerliche Familienbetriebe mit überschaubaren Tierzahlen sind daher der beste Garant für eine gute Tierhaltung“, ist Meyer überzeugt, der auf seinem Betrieb Schweine sowohl im konventionellen Stall als auch im Freiland hält und beide Haltungssysteme verantwortungsbewusst betreibt. Meyer: „Wir Bauern arbeiten schon daran, unsere Tierhaltung stetig weiter zu entwickeln. Aber dafür brauchen wir politische Unterstützung gegen den Preisdruck durch Importe und Monopole, nicht ständig neue Auflagen und Programme, die viel mit Ideologie und nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben.“

FREIE BAUERN: Eurotier-Absturz offenbart Misstrauen gegen grüne Tierhaltungs-Visionen

(14.11.2022) Die FREIEN BAUERN haben auf den Absturz der Ausstellerzahlen bei der Fachmesse Eurotier hingewiesen, die am Dienstag in Hannover ihre Tore öffnet. „In dem Rückgang um mehr als 30 Prozent spiegelt sich eine gigantische Investitionszurückhaltung der bäuerlichen Tierhalter wieder, die offensichtlich nicht bereit sind, sich auf kostspielige Tierwohl-Experimente einzulassen“, sagte Thomas Frenk von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Bei den derzeit getätigten Investitionen stehe die Unterhaltung bestehender Kapazitäten im Vordergrund, schätzt der 45jährige Milchviehhalter aus dem badischen Nonnenweiler die Lage ein: „Jedenfalls kenne ich niemanden mehr, der noch an die grünen Visionen vom Umbau der Tierhaltung glaubt oder auf das DLG-Gesäusel von Agri-Future-Lab bis Animal-Welfare-Award hereinfällt.“

Wer als Bauernhof mit Tierhaltung überleben möchte, müsse sich darauf einstellen, dass die derzeitige Bundesregierung eine Halbierung der Nutztierbestände anstrebt und gleichzeitig billiger Importware aus Übersee zollfreien Marktzugang gewährt, beschreibt Frenk die Situation: „Diese Strategie zerstört Existenzen, verschwendet Ressourcen und gefährdet die Versorgung unserer Bevölkerung mit Lebensmitteln, aber sie ist real und deshalb nicht schönzureden.“ Für die wirtschaftenden Betriebe komme es jetzt darauf an, mit möglichst niedrigen Kosten den Zeitraum zu überbrücken. Dass Cem Özdemir den Bauern in einer Prodiumsdiskussion gedroht habe, wer auf Zeit spiele, den werde die Transformation später umso härter treffen, sieht Frenk als erstes Eingeständnis von Schwäche: „Der Minister wird nervös, weil die Betriebe kein Geld in seine Hightech-Streichelställe versenken.“

Die große Mehrheit der Bauernhöfe mit Tierhaltung stehe wirtschaftlich solide da, für sie gebe es überhaupt keinen Anlass, sich mit ominösen gesellschaftlichen Forderungen aus-



einanderzusetzen, argumentiert Frenk. In der Sache bleiben die FREIEN BAUERN deshalb hart: Tierhaltung sei unverzichtbar für natürliche Kreisläufe und regionale Wertschöpfung, und sie sei klimaneutral, weil den Ausgasungen der Nutztiere die Fotosynthese der Futterpflanzen gegenüber stehe. Frenk: „Einer wird übrig bleiben, die grüne Partei oder der grüne Beruf. Warten wir's ab.“

Mit über 100 Teilnehmern war das Herbsttreffen der FREIEN BAUERN Brandenburg auf den Betrieben unserer Mitglieder Steffen Heinz und Jürgen Heinecke sehr gut besucht und erfolgreich. Treffen fanden auch in Niedersachsen (Zetel, Braunschweig und Bleckede) und in Mecklenburg-Vorpommern (Cambs) statt. Im Winter wollen wir weitere Veranstaltungen für unsere Mitglieder in verschiedenen Regionen anbieten – achtet auf Eure E-Mails!

Zu guter Letzt: Einstweilige Verfügung FREIE BAUERN gegen Grünen-Politiker Ostendorff rechtsgültig

(04.12.2022) Der frühere Agrarpolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion Friedrich Ostendorff hat die von der Rechtsanwaltskanzlei Stiletto im Auftrag der FREIEN BAUERN erwirkte Einstweilige Verfügung des Landgerichts Halle abschließend anerkannt, wonach er unter Androhung eines Ordnungsgeldes von bis zu 250.000 Euro, ersatzweise Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten, nicht mehr behaupten darf, die FREIEN BAUERN würden bewusst die Nähe zur AfD suchen. Dies hatte Ostendorff 2021 in einem Interview behauptet und als Beleg für eine angebliche Radikalisierung landwirtschaftlicher Interessenvertretung angeführt. Gegen die Einstweilige Verfügung war er gerichtlich vorgegangen mit dem Argument, seine Behauptung sei durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Sowohl das Amtsgericht Halle in erster Instanz als auch das Oberlandesgericht Naumburg haben inzwischen deutlich gemacht, dass eine falsche Tatsachenbehauptung nicht durch die Meinungsfreiheit gedeckt ist, worauf der Grünen-Politiker seine Berufung jetzt wegen Aussichtslosigkeit zurückzog.

„Endlich haben wir mal einen von diesen Verleumdern juristisch rangekriegt“, freut sich der Bundessprecher der FREIEN BAUERN Alfons Wolff über die abschließende Entscheidung. Auch der CSU-Bundestagsabgeordnete Artur Auernhammer hatte 2021 die Teilnehmer der Berliner Demo – darunter die FREIEN BAUERN – als „linke Parteimitglieder, AfD-Sympathisanten und Querdenker“ bezeichnet und ihnen vorgeworfen, den Berufsstand zu spalten und zu radikalisieren. „Dagegen konnten wir damals leider nicht vorgehen, weil wir nicht direkt angesprochen und damit nicht direkt betroffen waren“, bedauert Wolff.

Die FREIEN BAUERN stellen angesichts ihres juristischen Erfolgs unmissverständlich klar, dass sie die Nähe zu keiner Partei suchen. Wolff: „Als bäuerliche Interessenorganisation sehen wir unsere Aufgabe darin, allen Parteien die Positionen des Berufsstandes nahezubringen. Das unterscheidet uns von konkurrierenden Verbänden, die eng mit CDU und Industrie beziehungsweise mit Grünen und NGOs verflochten sind.“ Gerade die Unabhängigkeit von berufsfremden Interessen sei wesentlich für das Selbstverständnis der FREIEN BAUERN, weshalb sie die Verleumdung durch Ostendorff nicht dulden konnten.

Und hier kommt für Internet-Muffel eine Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan.
Gern per Post an: FREIE BAUERN, Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort:

Unterschrift: